

Beschlüsse und Empfehlungen

VII. DEUTSCH-POLNISCHES FORUM 2.-4. DEZEMBER 1992 IN FELLBACH BEI STUTTGART

Beschlüsse und Empfehlungen

Diese wurden auf Anraten der abschließenden Plenarsitzung des Deutsch-Polnischen Forums vom Gemeinsamen Lenkungsausschuß am 4.12.1992 im Konsensverfahren verabschiedet.

Das VII. Deutsch-Polnische Forum versammelt sich zum ersten Mal unter völlig gewandelten Bedingungen eines Sieges von Freiheit und Demokratie in Polen und im gesamten, nunmehr vereinten Deutschland. Um so schmerzhafter empfinden die im Forum versammelten Deutschen und Polen die gewachsene Ausländerfeindlichkeit, Manifestationen des Fremdenhasses und Nationalismus sowie die Zunahme der Gewalt. Sie bedrohen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die auf Kooperation aufbauende internationale Ordnung und damit auch die deutsch-polnischen Beziehungen. Das Deutsch-Polnische Forum appelliert an beide Regierungen, an alle gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen sowie an die Bürgerinnen und Bürger unserer Länder, sich mit aller Kraft diesen Entwicklungen entgegenzustellen.

Polen und Deutsche nehmen mit großer Genugtuung die Fortschritte zur Kenntnis, die bei der Verständigung und Versöhnung zwischen ihren Völkern sowie dem Aufbau friedlicher Beziehungen zwischen ihnen und den Nachbarn erzielt wurden. Mit Sorge und Bestürzung verfolgen sie den Ausbruch ethnischer Konflikte, von Krieg und von Genozid in Europa. Diese Entwicklungen drohen die neue Qualität der internationalen Beziehungen nach dem großen Erfolg von Menschenrechten und Demokratie zu untergraben. Diese Entwicklungen anzuhalten und umzukehren bedarf unser aller Anstrengung.

Arbeitsgruppe I

Polen und Deutsche i m Prozeß der Europäischen Integration

1. Das Deutsch-Polnische Forum appelliert an die Bundesregierung, sich in der EG um einen Konsens über die Bedingungen und den Zeithorizont für die Mitgliedschaft Polens zu bemühen. Eine entsprechende Erklärung sollte beim Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens abgegeben werden. Das Deutsch-Polnische Forum appelliert an das Europäische Parlament, diese Bemühungen zu unterstützen.

2. Die EG sollte zur Reform der Agrarpolitik eine Strategie entwickeln, die es zuläßt, daß auch die Integration der polnischen Landwirtschaft in einem überschaubaren Zeitraum möglich wird.

3. Beide Regierungen werden aufgefordert, Maßnahmen zu unterlassen, die auf eine Verschlechterung der sich gut entwickelnden deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen hinauslaufen, wie z.B. Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt und zusätzliche Importabgaben.

4. Um den Aufbau einer freiheitlichen Demokratie in Polen und ihre baldige Integration in die EG zu fördern, appelliert das Deutsch-Polnische Forum an die Regierungen beider Länder, durch geeignete Maßnahmen das Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft als ethisches Prinzip und wirtschaftspolitisch bewährtes Ordnungssystem auch in Polen zu vertiefen.

5. Es wird empfohlen, polnischen Parlamentariern einen Beobachterstatus beim Europäischen Parlament in Straßburg einzuräumen. Damit soll der Europa-Gedanke in der polnischen Öffentlichkeit gefördert werden.

6. Die vielfältige Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen von deutscher Seite wird begrüßt. Es muß dabei sichergestellt werden, daß diese Hilfe gemäß der erklärten Politik der Bundesregierung einen Beitrag zur Integration dieser Minderheit in ihr Umfeld sein soll. Verfahren und Instrumente zur Gewährung dieser Hilfe sollen im Sinne dieses politischen Ziels durch die Bundesregierung überprüft werden.

7. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der EG-Kommission darauf hinzuwirken,

- daß die Finanzmittel des Phare-Programms effizienter dem Umgestaltungsprozeß und unmittelbarer als bisher Projektträgern in Polen dienbar gemacht werden.

- daß Finanzmittel aus dem EG-Regionalfond auch grenzüberschreitend in Polen eingesetzt werden können, und

- daß auch regionale und lokale Projektträger in Polen direkt Empfänger von EG-Finanzmitteln sein können.

8. Der Ausbau der Eisenbahnverbindungen zwischen Polen und Deutschland ist ein wichtiger Beitrag zur europäischen Integration . Von polnischer Seite wird die Modernisierung der E 20 (Berlin-Warschau) als Pilotprojekt in diesem Sinne angesehen. Beide Regierungen werden gebeten, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Arbeitsgruppe II

Neue Probleme der Sicherheit in Europa

1. Kein europäischer Staat kann die sicherheitspolitischen Herausforderungen der heutigen Ära allein bewältigen. Sicherheit und Sicherheitsvorsorge ist nur gemeinsam und kooperativ erreichbar. Deutschland und Polen sind hierbei wichtige Sicherheitspartner.

2. Deutschland und Polen haben keine Feinde mehr. Beide sind die Nachbarn von Regionen, deren Instabilitäten die Sicherheit in Europa gefährden können. Ihre gemeinsame Aufgabe ist es, ihre Partner dafür zu gewinnen, diesen Sachverhalt in deren Außen- und Sicherheitspolitik zu berücksichtigen.

3. Polen hat den Wunsch geäußert, Mitglied der NATO zu werden. Das Deutsch-Polnische Forum ist der Meinung, daß eine funktionsfähige NATO auch in Zukunft ein entscheidender Sicherheitsfaktor in Europa bleibt. Das Deutsch-Polnische Forum hält es im Hinblick auf die Sicherheitslage Polens für notwendig, die Möglichkeiten einer Eingliederung Polens in die

institutionellen Strukturen der Sicherheitspolitik intensiv zu erörtern. Solange Polen nicht Mitglied der NATO und WEU ist, sollten um so mehr alle Möglichkeiten genutzt werden, auf bi- und multilateralem Wege mit Deutschland und seinen Sicherheitspartnern das Netzwerk von Verbindungen und Kontakten auf politischen und militärischen Gebieten nachhaltig auszubauen. Die implizierte Sicherheitsgarantie, die in der Definition der Ziele der NATO in ihrem neuen strategischen Konzept vom November 1991 gegenüber Polen wie anderen Demokratien in Europa angesprochen wird, sollte verstärkt und konkretisiert werden.

4. Alle Hilfen, die Polen beim Aufbau der Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft gewährt werden, insbesondere die immer enger werdende Verbindung mit der EG und schließlich eine Mitgliedschaft sind wesentliche Instrumente einer Stärkung der Sicherheit Polens.

5. Die Stabilisierung des Umfeldes Polens durch Hilfe für die Staaten Ost- und Mitteleuropas, mit der die Demokratisierungsprozesse und Reformen unterstützt werden, muß ein zentrales Element westlicher Politik bilden, die damit auch der Sicherheit Deutschlands und Polens dient.

6. Das aktive Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa, verbunden mit einer signifikanten militärischen Präsenz bleibt ein wesentliches Element europäischer Sicherheit, an dessen Erhaltung Polen und Deutschland ein gemeinsames Interesse haben.

Arbeitsgruppe III

Deutsche und Polen nach der Öffnung der Grenzen

1. Das Deutsch-Polnische Forum richtet einen Appell an die Wirtschaft, die Vertreter der Länder, Kirchen, karitativen Organisationen sowie an alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die Tätigkeit der Stiftung "Deutsch-Polnische Aussöhnung" zu unterstützen, die den polnischen Opfern der Naziverfolgungen während des Dritten Reiches Hilfe leistet.

2. Das Deutsch-Polnische Forum empfiehlt, zur Vertiefung des demokratischen Gedankens, des Verständnisses für eine geregelte Austragung von Interessenkonflikten und der Wertschätzung des politischen Kompromisses die Schaffung von Einrichtungen der politischen Bildung in Polen zu fördern. Das Deutsch-Polnische Forum bittet um Prüfung, ob im Rahmen der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit neue Initiativen zur Schaffung von Programmen und Einrichtungen der politischen Bildung gefördert werden können.

3. Der Austausch zwischen Deutschen und Polen sollte intensiviert werden. Das Deutsch-Polnische Forum beauftragt den Lenkungsausschuß, bei Parlamenten und Regierungen dafür zu werben, die Mittel für das Deutsch-Polnische Jugendwerk anzuheben, damit seine Tätigkeit ausgeweitet werden kann.

4. In deutschen und polnischen Bibliotheken sollten durch Spenden und andere Mittel die neueste Literatur über den Partner angeschafft werden. Außerdem sollten einige deutsche Standardwerke zur Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur ins Polnische übersetzt werden.

5. Minderheiten sollten von niemandem ermutigt werden, Sonderrechte in Anspruch zu

nehmen, die mit ihrer Loyalität gegenüber dem Staat, in dem sie leben, unvereinbar sind.

Das Deutsch-Polnische Forum empfiehlt eine wissenschaftliche Untersuchung über die Lage der Minderheiten in beiden Ländern anzufertigen, deren Ergebnisse dem Forum und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Das Deutsch-Polnische Forum regt die Bildung einer Arbeitsgruppe an, die sich kontinuierlich mit dem Umgang zwischen Mehrheit und Minderheit in Polen befaßt und deren Ergebnisse dem Forum und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

6. Das Deutsch-Polnische Forum empfiehlt, die gegenseitige Information und die Kenntnisse über die Wirkung von Störfaktoren auf die bilateralen Beziehungen durch Journalisten-Seminare zu verbessern.

7. Das Deutsch-Polnische Forum empfiehlt beiden Regierungen, bei allen Maßnahmen der Förderung bilateraler Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften den grenznahen Regionen besondere Priorität einzuräumen. Kommunale und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie das Zusammenleben auf beiden Seiten der Grenze unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen verdienen besondere Förderung.

8. Das Deutsch-Polnische Forum appelliert an beide Regierungen, den Ausbau der Grenzübergangsstellen zu beschleunigen und einige neue zusätzlich zu schaffen.

9. Das Deutsch-Polnische Forum empfiehlt, auch im Bereich der Streitkräfte, das notwendige enge Vertrauensverhältnis zu schaffen, in dem Garnisonpartnerschaften in grenznahen Gebieten begründet werden, die zu regelmäßigen Begegnungen und Seminaren auf allen Ebenen führen.

V.i.S.d.P.: Roland Freudenstein, Tel: 0228/2675-142